

Verpflichtung der katholischen Kirche zum Dialog und zur Zusammenarbeit mit allen Kirchen in Europa. Die Schlußbotschaft von Prag spricht sich für eine entschlossene Fortsetzung der bestehenden Kontakte und der Zusammenarbeit zwischen den KEK-Mitgliedskirchen und dem CCEE aus. Nach den Vorstellungen der KEK soll die vielbeachtete Versammlung von Basel eine Fortsetzung erhalten; vorgesehen für ein solches Treffen ist von seiten der KEK das Jahr 1997; für 1998 ist dann die nächste Vollversammlung der KEK geplant. Daß ein „neues Basel“ wün-

schenswert sei, äußerte in Prag auch der CCEE-Präsident.

Von Beobachtern der Prager Vollversammlung wurde dem Treffen durchweg kein gutes Zeugnis ausgestellt. Die KEK war ein Kind des Kalten Krieges vor allem darum bemüht, unter den schwierigen Bedingungen der europäischen Ost-West-Spaltung Kontakte zwischen den Kirchen aufrechtzuerhalten. Auf das neue Europa muß sich dieser Zusammenschluß der nichtkatholischen Kirchen offenbar erst einstellen, wobei die Perspektiven dafür nach Prag nicht besonders heißungsvoll erscheinen. U. R.

unterschiedlichen aktuellen Realitäten in beiden deutschen Staaten sollte gewonnen werden, bevor sich neue Strukturen in größerem Umfang bildeten und verfestigten. Für diese Trenderhebung wurden als Untersuchungsschwerpunkte gewählt: „Einstellungen zu Politik und Wirtschaft, Einstellungen zum Vereinigungsprozeß, Arbeit und Beruf, Einstellungen zur sozialen Ungleichheit, Einstellungen zu Ehe und Familie.“

Ein großer Teil der Fragen zu dem Bereich „Einstellungen zu religiösen Verhaltensweisen“ wurde aus dem „International Social Survey Programme“ (ISSP) in das Programm der Basisumfrage aufgenommen. Der ISSP ist ein internationaler sozialwissenschaftlicher Forschungsverbund, der eine interkulturelle Vergleichbarkeit zum Ziel hat (seit 1985 werden jährlich ISSP-Befragungen durchgeführt) und dessen Umfrageprogramm in wenigstens dreizehn Ländern sicher realisiert wird.

## Religion in Deutschland: Umfrage zum Ost-West-Unterschied

Ein differenziertes Urteil über die Situation der Kirchen in der ehemaligen DDR fällt auch zwei Jahre nach Herstellung der deutschen Einheit immer noch schwer. Über verlässliche Statistiken verfügt derzeit weder EKD noch die Deutsche Bischofskonferenz. Auf Datenmaterial aus DDR-Zeiten kann dabei kaum oder gar nicht zurückgegriffen werden, da dort keine freie Demoskopie möglich war. Die von den Kirchen in eigener Regie geführten und auf freiwilliger Meldung der Gläubigen basierenden Register konnten die tatsächlichen Verhältnisse nie exakt erfassen.

Eigens wies die Deutsche Bischofskonferenz bei der Veröffentlichung der ersten gesamtdeutschen Statistik, der Jahrerhebung 1990, darauf hin, daß weder die Zahlen über die Kirchenmitgliedschaft – die Konfessionszugehörigkeit wurde unter dem SED-Regime staatlicherseits seit längerem nicht mehr erfragt – noch die der Kircheng Austritte aussagekräftig seien. Über eine rein quantitative Erhebung hinaus zu einer realistischen Einschätzung vorhandener christlicher Prägungen und Überzeugungen in den neuen Bundesländern zu gelangen, ist dabei angesichts des spär-

lichen demoskopischen Befunds noch schwieriger.

Vor diesem Hintergrund kann ein empirischer Ost-West-Vergleich zu Kirchlichkeit und Religiosität in Deutschland im Rahmen einer allgemeinen Bevölkerungsumfrage zur Klärung einer insgesamt noch unübersichtlichen Situation beitragen. Im Rahmen der ALLBUS-Reihe (Allgemeine Bevölkerungsumfrage der Sozialwissenschaften) – einer allgemeinen Bevölkerungsumfrage, die seit zehn Jahren im Rhythmus von zwei Jahren mit verschiedenen Themenschwerpunkten durchgeführt wird – unternahm das Zentrum für Umfragen, Methoden und Analysen (ZUMA) in Mannheim und das Zentralarchiv (ZA) für empirische Sozialforschung der Universität Köln eine Sondererhebung. Ziel dieser „Basisumfrage 1991“ war, angesichts des infolge der Wiedervereinigung zu erwartenden massiven sozialen Wandels über soziale Struktur und Einstellungen in den alten und neuen Bundesländern kurz nach der Einigung sozialwissenschaftliche Daten zu erhalten. Ein möglichst umfassendes Bild, so die Zielbestimmung durch die Autoren der Studiendokumentation, der

Von Mai bis Juli des vergangenen Jahres wurden für die „Basisumfrage 1991“ nach dem Zufallsprinzip in den alten und neuen Bundesländern an allen Personen, die in Privathaushalten wohnen und über 18 Jahre alt sind, Interviewpartner ausgewählt und befragt. Die zirka 3000 auswertbaren Interviews waren ungefähr zu gleichen Teilen auf West- und Ostdeutschland verteilt.

## Unterschiede in der Kirchenbindung

Dabei bestätigte sich im Vergleich der zu erwartende, sehr viel geringere Anteil der *Kirchenmitglieder* im Osten für das Erhebungsjahr: Der Anteil der Konfessionslosen unter den Befragten betrug in den neuen Bundesländern 64,6 Prozent, in der alten Bundesrepublik gaben nur 10,7 Prozent an, keiner Religionsgemeinschaft anzugehören. Den 5,6 Prozent Katholiken im Osten stehen 41,9 im Westen gegenüber, als Protestanten bezeichneten sich im Osten 27 Prozent der erhobenen Personen gegenüber 44 Prozent im Westen. Bei allen weiteren Fragen zu Differenz bzw. Übereinstimmung in bei-

den Teilen Deutschlands bezüglich der religiösen Orientierung wurde bei der Befragung *nicht mehr nach Konfessionen unterschieden*. Wie schon die erhebliche Differenz bei der Kirchenmitgliedschaft erwarten ließ, sind auch die Zahlen beim Kirchenbesuch in den neuen Ländern niedriger. In den neuen Bundesländern gehen demnach 2,6 Prozent einmal in der Woche zum Gottesdienst, im Westen 11,5 Prozent. Der Kommentar zu diesem Ergebnis gibt jedoch zu bedenken: Da grundsätzlich der Kirchenbesuch bei den Protestanten niedriger sei als bei Katholiken, könne bei dem viel höheren Protestantenanteil in der ehemaligen DDR angenommen werden, daß im Osten die Katholiken etwas häufiger und die Protestanten ähnlich oft zur Kirche gehen wie die Vergleichsgruppe im Westen.

Von den Interviewten mit Kindern bejahten im Osten 36,2 Prozent die Frage: „Sind ihre Kinder getauft bzw. sollen sie noch getauft werden?“, 58,9 Prozent antworteten hier mit „Nein“. Im Westen standen 91,7 Prozent Ja-Antworten den 6,9 Prozent gegenüber, die verneinten. „Erhebliche Unterschiede zeigten sich auch in persönlichen Einstellungen“. Befragt nach dem Stellenwert, den die verschiedenen Bereiche wie Familie, Beruf oder Freizeit in ihrem Leben haben, gaben im Osten 50,8 Prozent an, Religion und Kirche seien für sie unwichtig. Im Westen blieb die Kirche für 17,9 Prozent der Befragten *ohne jede Bedeutung*, „sehr wichtig“ waren Religion und Kirche dort für 13,1 Prozent.

## Wie steht es mit Glaubensinhalten?

Bei der Frage, welche Rolle die Kirchen in Zukunft in den neuen Bundesländern spielen könnten, wurde zu Beginn des Vereinigungsprozesses fast durchgängig auf deren oppositionelle Funktion und den damit verbundenen hohen Vertrauensvorschuß verwiesen, über den die Kirchen, insbesondere die evangelische, gerade während der friedlichen Revolution verfügten. Die Ergebnisse der Umfrage anderthalb Jahre später zeigen ein etwas nüchternes Bild: Auf die Frage, wieviel Ver-

trauen sie in die Kirche und religiöse Organisationen hätten, antworteten in der ehemaligen DDR 31,2 Prozent der Befragten, sie hätten überhaupt kein Vertrauen, 19,6 Prozent nur „sehr wenig“. Im Westen waren die Kirchen für nur 14,6 Prozent überhaupt nicht vertrauenswürdig und 21,2 Prozent gaben nur sehr wenig Vertrauen zu Protokoll.

Zu viel Macht sahen im Westen 33,9 Prozent und im Osten 25,7 Prozent der interviewten Personen in den Händen von Kirchen und religiösen Organisationen. Ungefähr das richtige Maß an Macht bescheinigten ihnen im Westen 47,2, im Osten 58,2 Prozent. Befragt danach, ob es Aufgaben der Kirchen sei, Stellung zu politischen Fragen zu nehmen, bejahten in den neuen Bundesländern 30,9 Prozent die Aussage: „Es sollte schon Aufgabe der Kirche sein.“ Im Westen fand dieser Satz bei nur 16,3 Prozent Zustimmung. Für „es sollte auf keinen Fall Aufgabe der Kirchen sein“, entschieden sich im Westen 35,4, im Osten 23,5 Prozent. Nahezu gleich war mit 63,8 Prozent im Westen und 65,6 unter den befragten Ost-Deutschen die Zustimmung zu einem kirchlichen Aufgabenprofil im Sinne von „Gemeinschaft und Geselligkeit anbieten“.

Gegenstand der Erhebung waren auch einzelne *Glaubensinhalte*. Dabei stimmten im Osten 48,8 Prozent der ausgewählten Personen der Aussage „Ich glaube nicht an Gott“ zu, im Westen dagegen nur 10,2 Prozent. Die in ihrer Formulierung einigermaßen problematische Aussage „Ich glaube nicht an einen leibhaftigen Gott, aber ich glaube, daß es irgendeine höhere Macht gibt“ bejahten in den neuen Bundesländern 10,2, in den alten 22,1 Prozent. Nur ein minimaler Unterschied zeigte sich bei der Frage nach einer persönlichen Entwicklung im Gottesglauben: Früher an Gott geglaubt zu haben, jetzt aber nicht mehr, gaben im Osten 24,9 Prozent, im Westen 23,3 Prozent zu Protokoll. Umgekehrt gaben im Osten 5,0 Prozent und im Westen 9,1 Prozent an, „erst jetzt“ an Gott zu glauben. Ein weiterer inhaltlicher Fragenkomplex galt dem Glauben an ein Leben

nach dem Tod, an einen Teufel, an den Himmel und die Hölle. Grundsätzlich erhielten auch diese „Glaubensaussagen“ im Gebiet der ehemaligen DDR weniger Zustimmung. Am auffälligsten waren dabei die Differenzen bezüglich eines *Lebens nach dem Tod*. „Ganz sicher“ in ihrem Glauben daran waren im Westen 24,4 Prozent der Befragten, im Osten nur 6,1 Prozent. Für „wahrscheinlich“ hielten 29,4 Prozent der Bewohner der alten Bundesländer das postmortale Leben, während im Osten nur 8,1 Prozent die Meinung teilten. Sicher, daß es keinen Teufel gibt, waren sich 84,3 Prozent der Ost- und 57,4 Prozent der West-Deutschen; ganz ähnliche Zahlen ergaben sich jeweils auch auf die Frage nach der Hölle.

Dagegen war der *Glaube an Wunder* in West wie Ost sehr viel größer. Für „wahrscheinlich“ hielten im Westen 36,2 Prozent der Befragten Wunder, im Osten 28,2 Prozent. „Ganz sicher“ waren sich gar im Westen 22,7 Prozent, in den neuen Bundesländern 11,8 Prozent der Befragten. Mit „sicher nicht“ antworteten im Osten auf die Frage nach Wundergläubigkeit 43,5 Prozent.

## An Paranormales glaubt man in Ost und West

Gefragt wurde auch nach dem *Verhältnis zur Bibel*. Davon überzeugt, daß die Bibel sie gar nicht betreffe, waren im Osten 29,2 Prozent der Befragten, im Westen nur 8,5 Prozent. Der Aussage, die Bibel sei durch das Wort Gottes inspiriert, solle aber nicht in allem wörtlich genommen werden, stimmten 45,1 der befragten West-Deutschen, aber nur 20 Prozent in den neuen Bundesländern zu.

Allgemein nach dem Zweck des Lebens befragt, verweigerten im Westen 45,6 Prozent und in Ost-Deutschland 51,3 Prozent der Aussage ihre Zustimmung, das Leben diene keinem Zweck. Ihr Leben von Gott bestimmt sahen in den alten Bundesländern 30,3 Prozent, im Osten 10,4. Dagegen unterstrichen im Westen 32,1 Prozent besonders („stimme ich stark zu“), daß dem Leben selbst ein Sinn verlie-

hen werden müsse; 56,7 Prozent gaben dieser Aussage ebenfalls uneingeschränkte Zustimmung („stimme ich zu“). In der ehemaligen DDR waren dies, jeweils in der gleichen Reihenfolge, 46,6 und 48,5 Prozent.

Insgesamt deutlich geringere Unterschiede zwischen den beiden Teilen Deutschlands ergaben die Ergebnisse eines weiteren Fragenkomplexes, bei dem es um den Glauben an die Effizienz von Glücksbringern, die prophetische Kraft von Wahrsagern, die übernatürlichen Kräfte von Wunderheilern und die den Lebenslauf eines Menschen determinierenden Einflüsse von Sternkreiszeichen ging. Es stimme wahrscheinlich, daß Glücksbringer manchmal tatsächlich Glück brächten, fanden im Osten 28,1 und im Westen 25,5 Prozent der Interviewten. Daß dies wahrscheinlich nicht stimme, dar-

in waren sich 42,9 Prozent der befragten West-Deutschen mit 40,7 der Ost-Deutschen fast einig. Gegenüber der Fähigkeit von Wahrsagern, die Zukunft wirklich voraussehen zu können, waren mit 51,3 Prozent gegenüber 42,2 Prozent die Befragten im Osten skeptischer als im Westen („stimmt sicher nicht“). 25 Prozent im Westen hielten dies dagegen für wahrscheinlich, ebenso wie 18,9 Prozent in den neuen Bundesländern. Nahe beieinander lag auch mit 29,6 Prozent (West) und 30,6 Prozent (Ost) der Anteil derer, die mit Wahrscheinlichkeit Wunderheilern übernatürliche Kräfte attestierten. Alternativen zu traditioneller Religiosität scheinen demnach auch in der ehemaligen DDR nicht ohne eine gewisse Attraktivität zu sein.

Auf grundsätzliche Bedenken gegenüber solchen Umfragen im allgemeinen

und gegenüber einem „Abfragen“ von speziellen Glaubensinhalten im besonderen (was bedeutet denn eigentlich der Glaube an die Hölle?) ist bereits zur Genüge hingewiesen worden. Dennoch ist ein solcher Ost-West-Vergleich nicht uninteressant, in seiner Funktion der Desillusionierung sogar hilfreich. Den prägenden Einfluß des realexistierenden Sozialismus auf das konkrete religiöse Leben aus solchen Zahlen direkt herauslesen zu wollen, wäre dagegen nicht unproblematisch. Hier scheinen schon die Ergebnisse der Befragung über paranormale Phänomene ein kleines Warnzeichen zu sein. Denn der Glaube an paranormale Phänomene scheint, schenkt man der Umfrage Glauben, gegen Aufklärung und säkulare Wissenschaft, aber auch gegenüber sozialistischer Ideologie resistent zu sein

A. F.

## Wer macht das Rennen?

### Der Präsidentschaftswahlkampf in den Vereinigten Staaten

*Das politische Leben in den USA steht seit Monaten im Zeichen der bevorstehenden Präsidentschaftswahl vom 3. November, bei der sich der amtierende Präsident George Bush als Kandidat der Republikaner und Gouverneur Bill Clinton als demokratischer Herausforderer gegenüberüberstehen. Der Wahlkampf fällt in eine Zeit der tiefgreifenden wirtschaftlichen und politischen Krise der westlichen Führungsmacht. Wie vor allem die massiven Rassenunruhen dieses Sommers (vgl. HK, Juni 1992, 259 ff.) zeigten, sind die USA derzeit ein sozial zerrissenes Land. An Programmen und Versprechungen fehlt es in dem mit riesigem Aufwand geführten Wahlkampf nicht. Sie einzulösen, wird schwerfallen, gleich wer am 3. November den Sieg davonträgt.*

Wäre der amerikanische Präsident vor einem Jahr gewählt worden, dann wäre George Bush von einer gewaltigen Woge der Zustimmung in seinem Amt bestätigt worden. Das Ende des Landkrieges am Golf, der insgesamt nur hundert Stunden gedauert hatte, ließ Bush im Frühjahr 1991 als Triumphator erscheinen. Kurz nach dem Waffenstillstand stimmten 91 Prozent der Amerikaner Bushs Amtsführung zu. Ein solcher Wert war noch nie von einem Präsidenten erreicht worden. Bush hatte damit Ronald Reagan weit hinter sich gelassen. Im Senat wurde damals der Antrag eingebracht, General Schwarzkopf und Generalstabschef Powell zu Fünf-Sterne-Generälen zu

machen. Ein Jahr danach: von Schwarzkopf spricht kaum noch jemand, und Colin Powell ist im Pentagon unsichtbar geworden.

Waren vor dem Golfkrieg zwei Drittel aller Amerikaner hinsichtlich ihrer persönlichen Zukunft noch *pessimistisch* gewesen, so waren nach dem Golfkrieg zwei Drittel *positiv* gestimmt. Krieg als Aufputschdroge? Die erstaunlichste Veränderung war jedoch dann eingetreten, als im Frühjahr 1992 wieder zwei Drittel der Amerikaner pessimistisch in die Zukunft blickten. Das war lange vor dem Zeitpunkt, zu dem *Bill Clinton* sich als demokratischer Herausforderer für Bush herausgestellt hatte. Schon ehe sich das Feld der fünf demokratischen Präsidentschaftsbewerber gelichtet hatte, blickte man im Weißen Haus sorgenvoll auf den 3. November 1992.

### Die wirtschaftliche Lage als Dominante im Wahlkampf

Der Abschwung in der Zustimmung für Bush war die Folge der schwachen Wirtschaftsdaten. Das Budgetdefizit und die Arbeitslosigkeit stiegen an, und die Medien analysierten Bushs wirtschaftspolitische Konzeptionslosigkeit mit schonungsloser Härte. Das Argument, Bush reise zuviel in der Weltgeschichte herum, setzte sich im Bewußtsein der Amerikaner fest. Dabei hatte die Kompetenz Bushs immer auf dem Feld der *Außen- und der Abrü-*